

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis Mf. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Postzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

## Beachtenswerte Vorzeichen.

In den Verhandlungen unseres Verbandstages ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß mancherlei Anzeichen dafür sprechen, daß das Jahr 1913 ein Sturmjahr für die Holzindustrie werde. Es gehört im Grunde keine übermäßige Kombinationsgabe dazu, um sich die Verhältnisse zu vergegenwärtigen, denen wir im kommenden Frühjahr gegenübersehen werden. Der Arbeitgeber-Schutzverband macht kein Hehl daraus, daß er an der Entwicklung, welche die Tarifvertragspolitik in der Holzindustrie genommen, keine rechte Freude hat. Die Dinge sind eben ganz anders gegangen, als er bei der Inangriffnahme dieser Politik gedacht hat. Im Frühjahr 1913 laufen die Verträge in der umfangreichsten Gruppe unserer Vertragsorte ab. Da die wichtigste Waffe des Arbeitgeber-Schutzverbandes die Aussperrung ist, die um so mehr Erfolg verspricht, je größer der Kreis der Betroffenen ist, liegt es nahe, zu vermuten, daß die Unternehmer diese Gelegenheit benutzen werden, um das Kriegsglück wieder zu probieren.

Die üblen Erfahrungen, welche die Unternehmer des Holzgewerbes mit der großen Aussperrung im Jahre 1907 gemacht haben, liegen schon ziemlich weit zurück. Die Lehren dieses Kampfes dürften zum Teil vergessen sein, möglich aber auch, daß unsere Gegner glauben, in den letzten Jahren so viel hinzugelernt zu haben, daß sie es wagen können, einen neuen Niesenkampf mit größerer Aussicht auf Erfolg zu unternehmen. Dazu kommt die Situation im Baugewerbe. Als im Jahre 1910 im Baugewerbe Frieden geschlossen wurde, da wußte man, daß mit Ablauf des Vertrages im Frühjahr 1913 ein neuer Kampf entbrennen würde. Offen und geheim haben die Bauunternehmer seither gerüstet; sie haben umfassende Vorbereitungen für den Entscheidungskampf getroffen, und sie sind auch jetzt noch unablässig dabei, ihre Rüstungen zu vervollkommen. Auf der anderen Seite haben aber auch die Organisationen der Bauarbeiter nicht untätig zugewartet. Man ist also auf beiden Seiten auf den Kampf gefaßt, der höchstwahrscheinlich im nächsten Frühjahr mit großer Gewalt zum Ausbruch kommen wird. Ein großer Kampf im Baugewerbe würde natürlich die Chancen der Unternehmer bei einer Aussperrung in der Holzindustrie nicht unwesentlich verbessern. Das sind alles Gründe, die dafür sprechen, daß der Arbeitgeber-Schutzverband im nächsten Frühjahr den Tanz wagen wird. Diese Vermutung erhält eine starke Stütze durch die folgende Notiz, die wir im „Vorwärts“ vom 30. Juni finden:

„In den Kammerjalen ist am 28. Juni d. J. nach längerer Vorberatung, die bis zum Dezember vorigen Jahres zurückreichen, eine Vereinigung der Arbeitgeberverbände des eigentlichen Baugewerbes (Hochbau) und der Baubehringewerbe unter dem Namen „Reichsbund Baugewerbetlicher Arbeitgeberverbände“ gegründet worden. Ihren Beitritt haben bereits erklärt: der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Sitz Berlin, der Zentralverband der Gipser-, Stukkature- und Verputzmeister Deutschlands, Sitz Karlsruhe, der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Sitz Berlin, der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe, Sitz Berlin, der Zentralverband selbständiger Installateure, Klempner und Kupfer Schmiede, Sitz Düsseldorf, der Zentralverband deutscher Dachdeckermeister, Sitz Neuwied a. Rh., der Reichsverband für das Eisen-, Plasterer- und Straßenbaugewerbe, Sitz Leipzig. Weitere Beitritte stehen bevor.

Zweck des Reichsbundes, der den angeschlossenen Zentralverbänden vollständige Selbständigkeit läßt, ist die gemeinsame Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen, insbesondere beim Abschluß von Tarifverträgen. An der Spitze des Bundes steht ein Verwaltungsausschuß, Vorsitzender ist der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Entsch. Leipzig, der erste stellvertretende Vorsitzende ist der Vorsitzende des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Kruse-Berlin, der zweite stellvertretende Vorsitzende ist Müsch-Berlin vom Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W 9, Linkestr. 32, wo auch die Bureaus des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe befinden.“

Diese Nachricht ist in mancherlei Beziehung höchst interessant. Auffällig ist zunächst, daß die „Nachzeitung“ von dem Bündnis kein Sterbenswörtchen erwähnt. Offenbar wollte man auf jener Seite die Sache geheimhalten. Recht, nachdem die Geheimhaltung vereitelt ist, wird sie sich hoffentlich dazu äußern.

Der Arbeitgeber-Schutzverband will also nicht nur die Situation, die ihn der bevorstehende große Kampf im Baugewerbe schaffen wird, ausnützen, er will sogar Hand in

Hand mit den scharfmacherischen Bauunternehmern operieren. Er hat sich mit ihnen kartelliert, um gemeinsam mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe die Arbeiterorganisationen niederzuringeln. Wir müssen uns daran gewöhnen, den Dingen klar ins Auge zu blicken. Hinter der euphemistischen Umschreibung „gemeinsame Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen, insbesondere beim Abschluß von Tarifverträgen“ verbirgt sich eine Kampfanzeige, bei der es sich um die Existenz der Organisationen handelt.

Der Anschluß des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe an dieses Schutz- und Trübbündnis der Scharfmacher im Baugewerbe ist besonders bemerkenswert. An Liebeswerbungen haben es die Herren vom Baubund seither nicht fehlen lassen. Als im Jahre 1907 die Parteien in Berlin zusammensahen, um über die Beilegung der großen Aussperrung in der Holzindustrie zu beraten, da wurden die Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes von den Emittären des Baubundes bestürmt, die ein lebhaftes Interesse an der Fortführung des Kampfes bekundeten. Die Leiter des Arbeitgeber-Schutzverbandes haben jedoch den Einflüsterungen der Scharfmacher aus dem Baugewerbe kein Gehör geschenkt in der Erkenntnis, daß sie anderenfalls dem Holzgewerbe noch größeren Schaden zufügen würden, als sie es ohnehin schon getan hatten. Später haben sich die Herren sogar beglückwünscht, daß sie den Redungen des Baubundes widerstanden und das Schicksal ihrer Organisation nicht mit dem des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe verknüpft haben. Nun ist alles vergessen. In gemeinsamer Phalanx stehen die Holzindustriellen mit den Scharfmachern des Baugewerbes, gemeinsam holen sie zum Schläge aus, der bestimmt ist, uns vernichtend zu treffen.

Das Bündnis der Unternehmerverbände erhält bligartig die Situation, der wir entgegengehen. Die Klarheit, die wir gewinnen, ist aber nicht geeignet, uns zu entmutigen. Im Gegenteil! Mit Zuversicht gehen wir dem kommenden Kampfe entgegen. Jetzt, wo die Vermutung, daß es im Frühjahr zum großen Kampf kommt, sich fast bis zur Wahrscheinlichkeit steigert, gilt es, unsere Kampfvorbereitungen mit Ruhe, aber mit sicherer Energie zu vollenden. Stärkt die Massen des Verbandes! Das ist die erste Mahnung. Der Beschluß des Verbandstages, die Einnahmen der Verbandskasse zu vermehren, war keine überflüssige Maßnahme. Was der Verbandstag beschlossen, ist das Mindestmaß der Verpflichtungen, die in dieser Beziehung den Zahlstellen und den einzelnen Mitgliedern auferlegt sind. Wo nur irgend die Möglichkeit besteht, mehr zu leisten, sollte diese Möglichkeit in nachhaltiger Weise ausgenutzt werden.

Aber die gefüllten Kassen allein tun es nicht. Zur Verteidigung der erzwungenen Position, um weitere Fortschritte zu erzielen, brauchen wir ein schlagfertiges Heer. Auf dem Verbandstage sind die Mittel und Wege zur Bearbeitung unseres Rekrutierungsgebietes besprochen worden. Die dort gegebenen Ratschläge müssen nun in die Praxis übertragen werden. Werbt neue Mitglieder für den Verband! Dieser Aufruf zur Agitation richtet sich an alle Kollegen, alle müssen sich an der Agitationsarbeit beteiligen, jeder nach seinen Kräften und nach seiner Fähigkeit.

Lassen wir es aber nicht dabei bewenden, daß wir durch eine vermehrte Mitgliederzahl erreichen, in unseren Abrechnungen mit höheren Ziffern paradierten zu können. Die neugewonnenen Mitglieder sowohl als auch die alten müssen zu zielbewußten Kämpfern herangebildet werden. Das geschieht in den Mitgliederversammlungen. Im allgemeinen gilt der Sommer als dem Versammlungsleben wenig günstig. Soweit diese Regel Gültigkeit hatte, muß der Sommer 1912 davon eine Ausnahme machen. Nur wenige Monate trennen uns noch von folgenschweren Entscheidungen. Der kurze Zeitraum muß ausgenutzt werden, um unsere Truppen zu schulen. Besucht regelmäßig die Mitgliederversammlungen! Laßt Euch nicht durch andere Dinge von dieser Organisationspflicht abhalten. Lest das Verbandsorgan und beobachtet fortgesetzt die Entwicklung der Dinge im Wirtschaftsleben!

Wir drängen nicht zum Kampf. Soweit es mit den Interessen der Kollegenschaft und mit der Ehre des Verbandes vereinbar ist, wird die Verbandsleitung bestrebt sein, den Frieden aufrechtzuerhalten. Die neuen Vorgänge, insbesondere aber das Bündnis der Holzindustriellen mit den ausgeprägten Scharfmachern im Baugewerbe lassen es fast zur Gewißheit werden, daß dem deutschen Holzgewerbe von jener Seite ein Kampf droht von einem Umfang und von einer Bedeutung, wie wir ihn noch nicht gesehen. Er darf uns aber nicht überraschend

kommen. Nützen wir die wenigen Monate, die uns noch zur Verfügung stehen, gründlich aus. Nur eine starke und leistungsfähige Organisation ist imstande, die Interessen der Kollegen wirkungsvoll wahrzunehmen. Die Kriegsrüstungen der Unternehmer schrecken uns nicht; an dem festen Willen der Holzarbeiter, ihre Lage zu verbessern, muß der Widerstand des Unternehmertums zuschanden werden!

## Wirtschaftliche Rundschau.

Seit einiger Zeit macht sich in den Kreisen derer, die sich infolge ihrer Berufsstellung für befähigt halten, ein Urteil über die voraussichtliche Gestaltung des Wirtschaftslebens abzugeben, eine gewisse Nervosität bemerkbar. Wir befinden uns jetzt im dritten Jahre einer steigenden Konjunktur und man befürchtet, analog den Erfahrungen über den Wechsel von Perioden der Hochkonjunktur und Krise, daß der Höhepunkt bereits erreicht, wenn nicht gar schon überschritten ist. Sieht man jedoch von diesen Analogieschlüssen ab und betrachtet lediglich die Faktoren, die als Gradmesser für die Intensität des Wirtschaftslebens in Betracht kommen, dann ergibt sich, daß im Grunde genommen noch keine Ursache zur Beunruhigung vorliegt.

Die Zahl der gewerblich Beschäftigten steigt andauernd. In einem gewissen Gegensatz hierzu steht allerdings der vermehrte Andrang an den Arbeitsstätten. Derselbe wird nicht sowohl durch einen Rückgang des Bedarfs als vielmehr durch ein außergewöhnliches Angebot an Arbeitskräften hervorgerufen. Das erklärt sich dadurch, daß durch die Verminderung der Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft und im ländlichen Handwerksbetriebe bei gleichzeitiger Verteuerung der Lebenshaltung die jüngeren Angehörigen der kleinbäuerlichen Familien vielfach genötigt sind, in fremde Dienste zu treten, wodurch der städtische Arbeitsmarkt belastet wird. Eine weitere Belastung erfährt dieser durch den Rückgang der überseeischen Auswanderung bei gleichzeitigem Zustrom ausländischer Arbeitskräfte. Eine übertriebene Bedeutung darf also dem verstärkten Andrang am allgemeinen Arbeitsmarkt — auf je 100 offene Stellen kamen im April durchschnittlich 135,03, im Mai 139,42 Arbeitsuchende gegen 126,10 bezw. 128,70 in den entsprechenden Monaten des Vorjahres — nicht beigemessen werden.

Erster ist der ungünstige Stand der Baukonjunktur zu beurteilen, der zwar nicht überall, aber doch in vielen Gegenden Deutschlands zu beobachten ist und dort natürlich einen ungünstigen Einfluß auf die vom Baugewerbe abhängigen Gewerbegebiete ausübt. Im Gegensatz hierzu läßt der bedeutend gestiegene Verbrauch an Kohle und Eisen im laufenden Jahre einen Rückschlag auf die weitere Besserung des Geschäftsganges in den meisten Industrien zu. Auch die Ein- und Ausfuhr Deutschlands weist wesentlich höhere Ziffern aus, als in den letzten verfloßenen Jahren. Von Januar bis Mai wurden 264 341 118 Doppelzentner eingeführt und 260 632 197 Doppelzentner ausgeführt gegen 254 220 011 Doppelzentner bezw. 233 209 829 Doppelzentner im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch der Wert der Ein- und Ausfuhr im reinen Warenverkehr zeigt eine erhebliche Steigerung. Er betrug in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres für die Einfuhr 4 287 552 Millionen Mark, für die Ausfuhr 3 496 588 Millionen Mark gegen 3 871 523 Millionen bezw. 3 206 266 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Einen Maßstab für die Konjunkturentwicklung bilden auch die Schwankungen der Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen. Dieselben betragen vom Januar bis Mai pro Kilometer im Personenverkehr 6307 Mk., im Güterverkehr 14 058 Mk. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatten sie nur 5780 Mk. bezw. 12 976 Mk. betragen.

Ist demnach die Wirtschaftslage noch im allgemeinen als günstig zu bezeichnen, so kann doch von einer Steigung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht gesprochen werden, dank der rapiden Steigerung der Preise für die Lebensbedürfnisse, die sich besonders seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahres bemerkbar macht. Sekt man den Nahrungsmittelbedarf einer vierköpfigen Familie gleich der dreifachen Verpflegungsstation eines deutschen Marinesoldaten, dann betrug der wöchentliche Nahrungsmittelaufwand für die Familie unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Marktpreise in 190 Städten im Januar 1911 23,50 Mk. Im Januar 1912 war dieser Betrag auf 24,69 Mk. gestiegen, in den folgenden Monaten steigerte sich der Nahrungsmittelaufwand, bis er mit 25,74 Mk. im April den vorläufigen Höchststand erreichte. Im Mai trat ein kleiner Rückgang auf 25,52 Mk. ein, der durch das Nachlassen der Preise für die verachtlichsten Nahrungsmittel hervorgerufen wurde. Die Fleischpreise zeigen aber noch eine steigende Tendenz und sie werden sich voraussichtlich noch längere Zeit auf ihrer Höhe halten.

In der Holzindustrie gestaltete sich die Lage am Arbeitsmarkt im Mai recht unglücklich. Während im April 1911 auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 156,6 Arbeitsuchende kamen und diese Ziffer im Mai auf 127,3 herabging, kamen im April 1912 auf je 100 offene Stellen 169,6 Arbeitsuchende, und diese Andrangsziffer, die



### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beurlaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
  - Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bremen: haben, Bremerörde, Burg bei Magdeburg (Tischfabrik A. G. Wolf), Cassel (Sofschreinermeister Vogt), Dannenberg an der Elbe, Datteln in Westfalen, Dortmund (Wassfabrikfabrik G. m. b. H.), Driesen a. N. (Biegler u. Comp.), Ebingen (Weg u. Bern), Elmshorn (Köln), Freiberg i. S. (Stratich u. Illmann), Fürstentale an der Spree (System Bureauindustrie), Gera, Meiß jünger Linie (Schleffiger, Herrn. Gareis), Wörlitz (Waggonfabrik), Hamburg-Falkenried (Straßenbahnwerkstätten), Hameln, Harburg a. d. Elbe (Aug. Prieß), Königsberg i. Pr. (Holzbearbeitungsfabrik Wendig), Landsberg am Lech, Langensalza, Lauban (Kalkbrenner), Neuhagen (Korb- und Kinderwagenfabrik Fr. Kuhn u. Söhne), Schleswig, Sensburg, Spandau (Wohring), Stolp in Pommern (Constantin Weder), Warel in Oldenburg (Zob. Wiemten), Welnheim (Schwab), Wesel, Wittenberg, Bezirk Halle (Eßbier), Wsch in Pommern, Geyer, Grog, Jnusbruch, Linz a. Donau, Kesselsdorf (Waggonfabrik).
  - Widellstählern nach Düsseldorf: Hieronsfeld (Stahlwerk Oeling), Halle a. S., Hamburg, Hannover, Magdeburg.
  - Alabermachern nach Brüssel.
  - Drechseln nach Burg bei Magdeburg (Tischfabrik A. G. Wolf), Driesen a. d. N. (Biegler u. Comp.), Firsdorf bei Würth i. W.
  - Felleinern nach Burg bei Magdeburg (Tischfabrik A. G. Wolf), Würth i. W. (Offenbacher).
  - Farbleitlern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parleitegeschäfte, Ullandsstraße).
  - Stuhlmacdern nach Brand (Erzgebirgische Holzindustrie A. G.).
  - Affenmachern nach Bremen-Semelingen (Schulze), Raguit i. Östpr.
  - Stodarbeiter nach Wald i. Rheinland.
  - Korbmacdern nach Dresden-Madebeul- (Peter u. Stegmann), der Schweiz.
  - Stellmachern nach Berlin, Wörlitz (Waggonfabrik), Hamburg-Falkenried (Straßenbahnwerkstätten), Paris, Brüssel (Carrosserie Parisienne).
  - Bergolbern, Grundrlebern, Verzierern und Farbignmacdern nach Ober-Wrnsdorf bei Gaiba in Nordböhmen.
  - Sägereiarbeitern nach Eversberg i. Odenwald.
  - Schulheistenarbeitern nach Eisenach (Vergner).

allen indirekten Steuern ist wiederum die Steuer auf Zucker und Brauwwein gestiegen. Nur die Fachmänner, und das sind fast nur die Interessenten, vermögen das wirre Paragrafengestrüpp zu durchdringen. Es scheint daher angezeigt, ein wenig zur Beleuchtung der beiden Verbrauchssteuern, die die größten Ströme Geldes in die Reichskasse leiten, beizutragen.

Zur Zeit der Gründung des Deutschen Reichs war die Zuckerversteuer eine Rohmaterialsteuer, die 1,60 Mk. pro Doppelzentner ausmachte, wodurch bei der vorausgesetzten Verwendung von 12% Doppelzentner Rüben zur Herstellung von 1 Doppelzentner Zucker eine Besteuerung von 20 Mk. für den Doppelzentner Zucker erreicht werden sollte. Diese Rübensteuer reizte naturgemäß dazu an, die Ausbeute durch Verbesserung der Technik und der Qualität der Rüben zu steigern, um so den Steuerbetrag für den Zentner Zucker zu ermäßigen. Man stellte mit der Zeit aus 8 Doppelzentner Rüben einen Doppelzentner Zucker her und drückte damit den Steuerbetrag auf 12,80 Mk. pro Doppelzentner Zucker herab. Bei der Ausfuhr ins Ausland aber wurde der anfängliche Steuerbetrag mit 18,80 Mk. rückvergütet, woraus sich eine verschleierte Ausfuhrprämie von 6 Mk. pro Doppelzentner ergab. Die gewinnreiche Ausfuhr wurde dadurch ungeheuer gesteigert. Die Folge war, daß man in England deutscher Zucker zu Spottpreisen kaufen konnte, während er in Deutschland selbst unerschwingliche Preise erreichte. Ein flets machender Teil der Steuereinnahmen des Reichs wurde durch die Ausfuhrprämien wieder aufgezehrt. Während 1870 die Zuckerversteuer dem Reich 40 Millionen brachte, wovon 4 Millionen oder 10 Proz. als Prämien rückvergütet wurden, beliefen sich die Einnahmen im Jahre 1886 auf 142 Millionen, wovon aber 109 Millionen = 76 Proz. den Fabrikanten zurückgezahlt wurden. 1888 blieben nur noch 15 Millionen Zuckerversteuertrag in der Reichskasse.

Man schuf daher ein neues Steuersystem, bei dem die auf 80 Pf. für den Doppelzentner Rüben festgesetzte Materialsteuer durch eine Verbrauchsabgabe von 12 Mk. für den Doppelzentner Zucker „ergänzt“ wurde. Die etwas ermäßigte Ausfuhrprämie wirkte bald wieder in der früheren Weise, die reinen Reichseinnahmen aus der Zuckerbesteuerung, die sich zunächst auf 80 Millionen hoben, sanken 1892/93 wieder auf 52 Millionen. Als für die Caprivische Militärvorlage neue Mittel nötig waren, ging man wieder an eine Venderung. Die Verbrauchsabgabe wurde von 12 auf 18 Mk. erhöht und die verschleierte Ausfuhr-

prämie durch eine offene im Betrage von 2,50 Mk. pro Doppelzentner Zucker ersetzt, die mit der Zeit ermäßigt werden und von 1897 ab ganz wegsähen sollte. Dazu kam es jedoch nicht, es blieb vielmehr bei der Prämie von 2,50 Mk., die Verbrauchsabgabe wurde im Jahre 1898 sogar auf 20 Mk. erhöht und dazu noch der Eingangszoll von 30 auf 40 Mk. pro Doppelzentner hinaufgesetzt. Durch diese und andere Bestimmungen wurde die Ringbildung und künstliche Hochhaltung der Preise gefördert. Durch die Prämienwirtschaft sind dem deutschen Volke im ganzen rund 2000 Millionen Mark zugunsten der Rübenbauern, Zuckerbauern und Zuckelhändler aus der Tasche gezogen worden.

Nach mehrjährigen Verhandlungen kam endlich im Jahre 1902 auf Drängen des am Rübenbau interessierten Auslands die sogenannte Brüsseler Zuckerkonvention zustande, die die Prämien abschaffte und den Zoll für eingeführten Zucker auf 6 Mk. bei raffiniertem, auf 5,50 Mk. bei anderem Zucker begrenzte. Durch den Wegfall der Prämien gewann die Reichskasse mit einem Schläge 11 Millionen Mark und es konnte ohne Gefahr für die Reichsfinanzen zugleich eine Herabsetzung der Verbrauchsabgabe von 20 auf 14 Mk. beschlossen werden. Als im Jahre 1907 die Zuckerkonvention um 5 Jahre verlängert wurde, forderten die an der Steigerung des Zuckerkonsums interessierten Agrarier eine weitere Herabsetzung der Zinlandssteuer. Natürlich arbeiteten die Sozialdemokraten in derselben Richtung. Vor Widerstand der Regierung wurde ein sofortiger „Erfol.“ nicht erzielt, sondern das Komпромiß geschlossen, daß vom 1. April 1909 eine Steuerermäßigung von 14 auf 10 Mk. eintreten sollte, wenn bis dahin 35 Millionen neuer Steuern bewilligt seien. Der 1. April 1909 kam, neue Steuern waren noch nicht bewilligt, und so verschob die Schnapsblodemehrheit die Herabsetzung der Zuckersteuer bis zum 1. April 1914. Den Agrariern behagte das zwar nicht, aber da sie die Zügel des Reichs in der Hand behalten wollten, opferten sie mit „blutendem Herzen“ ihre Interessen auf dem Altar des Vaterlandes, um das „nationale“ Werk der Reichsfinanzreform nicht zu gefährden. In der Kommission hatte einer der Ährigen noch sehr scharfe Töne angeschlagen, von der Verleugung von Treu und Glauben gesprochen und es geradezu als einen Unsinn bezeichnet, ein solches Volksmittel mit 75 Proz. des Wertes zu besteuern. Wenn nur die Junter bei der Fleisch- und Brotbesteuerung auch so reden würden!

Nun nahte allmählich der Termin, an dem die Ermäßigung wirklich in Kraft treten sollte. Da verursachte plötzlich die Deckung der Miltungsvermehrung den „nationalen“ Parteien Bauchgrimmen. Alle unsoliden Finanzmandöver einschließlich der Schnapssteuererhöhung reichten zur Deckung nicht aus. So beschloß man denn, wiederum Treu und Glauben zu verletzen und den Termin für Herabsetzung der Zuckersteuer bis zum 1. Oktober 1916 hinauszuschieben. Zwar ist dieser Beschluß verbrämt mit dem Verlangen nach einer Besitzsteuervorlage bis zum 1. April 1913, und es wird ausgesprochen, daß 6 Monate nach dem Inkrafttreten einer solchen Besitzsteuer, spätestens am 1. Oktober 1916, die Zuckersteuerermäßigung eintreten soll. Die Aussichten, daß die Besitzsteuer zustande kommt, sind aber noch herzlich ungünstig, und es ist daher ziemlich sicher anzunehmen, daß die hohe Zuckersteuer zunächst einmal bis zum 1. Oktober 1916 bestehen bleibt, es besteht sogar die Gefahr, daß auch dieser Termin noch weiter hinausgerückt wird. So sieht die „gerechte“ Besteuerung aus, die der neue Reichstag dem Volke beschert hat!

Die Zuckersteuer greift sehr empfindlich in den Haushalt des Arbeiters ein und hemmt den überaus wünschenswerten Zuckerkonsum. Wie sehr der Zuckerpreis auf den Konsum von Einfluß ist, hat man ersahen können an der richtigen Konsumsteigerung in England zu der Zeit, als dort der deutsche Zucker zu Schlanderpreisen zu kaufen war. Heute noch entfällt in England auf den Kopf der Bevölkerung ein Konsum von 38, in Amerika ein solcher von 30 Kilogramm, in Deutschland nur ein solcher von 17½ Kilogramm. In Deutschland wird der Zuckerkonsum bei den Massen des minderbemittelten Volkes künstlich gehemmt, die Lebenshaltung herabgedrückt zur höheren Ehre des Miltungswahnsinn, von dessen Kosten sich keine eifrighsten Befürworter drücken. (Schluß folgt.)

### Soziales.

#### Arbeiterferien.

Unfreiwillige Ferien gibt es für den Lohnarbeiter übergenug. Zeiten der Arbeitslosigkeit, in denen alles Sinnen und Trachten dahin geht, für seine Arbeitskraft wieder eine lohnende Verwertung zu finden; Zeiten des aufgedrungenen Kampfes, des Streiks und der Aussperrung und schließlich auch die Wochen der Krankheit, in denen der siche Körper für den wertvollen Betrieb versagt. Aber Ferien in der landläufigen Bedeutung, eine regelmäßige sommerliche Unterbrechung der Arbeit seitens gesunder Arbeiter unter Fortbezug des vollen Einkommens, das erscheint heute noch fast als Utopie. Und doch hat der körperlich Arbeitende dieses Ausspannen aller Kräfte, diese Erholung in sorgloser Ruhe mindestens ebenso nötig, als der Kopfarbeiter. Der Staatsbeamte mit täglich 6- oder 7stündiger Arbeitszeit betrachtet seine drei-, vier- oder gar sechswöchigen Sommerferien als selbstverständlich; der Schulbetrieb kann eine noch längere Ruhepause im Jahre für Schüler und Lehrer nicht entbehren. Die Handelsherren und die Werksdirektoren machen ihre längere Sommerreise ins Gebirge oder

an die See. Das kaufmännische und das technische Personal, die Werkmeister, vielleicht auch die Vorarbeiter, haben ihre regelmäßige jährliche Freizeit; aber die am schwersten Arbeitenden, die eigentlichen Lohnarbeiter, gehen fast ausnahmslos leer aus.

Tadel ist aber gerade für die Arbeitssklaven, die ständig im Einerlei des Alltags stehen, die vielleicht in flauerfüllter Lust ewig gleichbleibende Arbeit verrichten müssen, eine solche Erholung doppelt wertvoll. Allein schon die Aussicht auf die sommerliche Freizeit gibt dem Leben Inhalt, dem Schaffen Freudigkeit. Und wie erst stählt die ununterbrochene Bewegung in frischer Luft die Glieder, kräftigt die sorglose Ruhe, einmal nichts zu versäumen zu haben, die Herzen. Die Lunge lebt auf, wenn sie eine Zeitlang ihre Feinde, die unendlich winzigen Staubpartikeln, nicht mehr sieht.

Für solche allgemein-menschlichen Erwägungen fehlt freilich den meisten Unternehmern das Verständnis. Sie sehen in den Arbeitern in der Regel fast nur die Ware, die sie nach dem Verbrauch eben durch neue ersetzen. Selbst dafür, daß durch Steigerung der Arbeitsfreudigkeit und durch stabilere Gesundheitsverhältnisse infolge der Ferien-erholung auch einem Unternehmer Vorteile entstehen können, haben unsere deutschen Großunternehmer noch wenig Einsicht. So schrieb noch im vorigen Jahre die „Arbeiter-Zeitung“ bei der Besprechung der Ferienfrage sichtig: „Ohne Zweifel ist es richtig, daß der Mensch gewöhnlich um so unzufriedener wird, je mehr man ihm Gelegenheit gibt, seinen Trieben und Wünschen nachzugehen, oder, wie man heute sagt, sich auszuleben. Je mehr Freiheit, desto mehr Unzufriedenheit.“ Jede Unzufriedenheit ist natürlich den Kostgebern jenes Scharfmacherorgans ein Grauel, darum lieber den Plebs nicht erst durch Urlaubsgewährung „begehlich“ machen.

Trotzdem gibt es auch in der deutschen Großindustrie schon Arbeiterferien, wenn auch vereinzelt und aus anderen Motiven heraus, als wir sie wünschen. Eine Umfrage der „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ aus dem Jahre 1911 über die bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen von 285 Fabriken ergab, daß überhaupt nur 49 davon Erholungsurlaub gewährten. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat im Dezember 1910 festgestellt, daß ein Drittel seiner Mitglieder Urlaubseinrichtungen besitzt oder wenigstens einzuführen beabsichtigt. Am verbreitetsten erwies sich die Bewilligung von Ferien an Arbeiter in den Betrieben der Papier- und chemischen Industrie. Die meisten Fabriken machten die Ferien von der Dauer der Beschäftigung im Betriebe abhängig und begannen erst nach vollendetem zweiten Dienstjahre mit wenig Tagen, die sich dann alljährlich steigerten. In den meisten Fällen wollten jedoch die Befragten von einem Rechtsanspruch auf Ferien nichts wissen, wollen die Gewährung vielmehr als Belohnung für gute Führung in der Hand behalten. Der Zweck, den viele Betriebe mit dieser Einrichtung verfolgen, geht aus dem Schlufpassus des Zentralverbandsberichtes deutlich hervor: „In Anbetracht dessen, daß die allermeisten Firmen, welche Urlaubseinrichtungen in irgendeiner Form getroffen haben, diese von einem gewissen Dienstalter und guter Führung abhängig machen und mit Rücksicht darauf, daß die bisherigen Erfahrungen fast ohne Ausnahme als gut bezeichnet werden, scheint sich die Einführung eines regelmäßigen Jahresurlaubs unter Lohnfortzahlung als ein Mittel zu erweisen, die Sehaftmachung der Arbeiter zu erleichtern, ihren häufigen Stellungswechsel zu beschränken und die Heranziehung eines Stammes von älteren bewährten Arbeitern zu ermöglichen.“

Gegenüber diesem „Zucker für braue Kinder“ hat sich in einigen anderen Berufszweigen auch bereits der Rechtsanspruch auf regelmäßige Ferien eingebürgert. So zum Beispiel im Buchdruckgewerbe, das sich im allgemeinen eines sozial eifrichtigeren Unternehmertums und einer gewissen gesicherten Stellung im Konkurrenzampfe erfreut. Eine Statistik des Buchdruckerverbandes vom 26. November 1910 zeigte, daß von 7116 erfahrenen Druckerereien mit 61.081 Beschäftigten 1600 mit 21.815 Arbeitern überhaupt Ferien gewährten, die sich zwischen 1 und 28 Tagen bewegten.

Noch verbreiteter ist die Gewährung eines regelmäßigen Erholungsurlaubs mit Fortzahlung des Lohnes im Brauereigewerbe. Bereits bis zum Jahre 1908 hatte der Brauereiarbeiterverband in seinen Verträgen für 30.500 Personen solchen Urlaub gesichert. Seitdem sind hier noch wesentliche Fortschritte erzielt und wurde erst im Jahre 1911 für 331 Betriebe mit 7894 Beschäftigten diese Verbesserung neu erreicht. Die Freizeit erstreckt sich dort in der Regel auf 2 bis 6, zum Teil auch 14 Tage. Eine Brauerei in Hannover zahlt schon seit Jahren für die Ferienzeiten neben dem Lohn einen Zuschuß von 15 Mk. In diesem Gewerbe hat schon über die Hälfte aller Beschäftigten Ferien.

Von den übrigen Berufen sind es neben den Handlungsgehilfen besonders die städtischen Arbeiter und die Arbeiter und Angestellten der Konsumvereine, die über regelmäßige Ferien verfügen. In den Konsumgenossenschaftlichen Betrieben dürfte eine einwöchige Freizeit nach einjähriger Beschäftigung wohl als das mindeste gelten, das alle Betriebe als Rechtsanspruch bewilligen.

In Arbeitsgebiete der Holzindustrie dagegen sind solche Ferien fast noch ganz unbekannt. Und doch zeigen sich schon Anfänge, wenn auch mit recht erschwerten Bedingungen. So gewähren z. B. die Nürnberger Finisefabriken nach fünfjähriger Beschäftigung 3 bzw. 5 Tage Urlaub, eine Schopföder Finisefabrik hat vor kurzem der diesbezüglichen Forderung unserer Kollegen entsprochen und gewährt nun





der mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe abgeschlossen wurde.

Diese Unternehmerorganisation hat im Jahre 1909 eine Aussperrung wegen der Malfeler Inszenierung. Damals hat das angerufene Einschlagsamt einstimmig folgenden Schiedspruch gefällt:

„Die vom Arbeitgeberverband des Baugewerbes verhängte Aussperrung aus Anlaß der Malfeiler stellt eine Verletzung des Artikels 9, Absatz 3, des am 31. März 1908 abgeschlossenen Tarifvertrages dar.“

Dieser Spruch besteht heute noch zu Recht. Wir wollen, wie gesagt, auf die Angelegenheit heute nicht näher eingehen; den Schiedspruch haben wir lediglich zitiert, um der „Nachwelt“ zu zeigen, daß man leicht zu falschen Resultaten kommt, wenn man weitgehende Schlussfolgerungen aus einem Urteil zieht, ohne die begleitenden Umstände genügend zu berücksichtigen.

Die „Kreuz-Zeitung“ über unsern Verband und das Verbandshaus. Das Organ der schweizerischen Junger und Mader bespricht in einer originellen Notiz unser im Bau begriffenes Verbandshaus. Da es unsere Kollegen interessieren dürfte, zu erfahren, wie man in jenen Kreisen über uns denkt, lassen wir die Notiz im Wortlaut folgen. Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

Einen sozialdemokratischen Nachbarn erhält das Märkische Museum in dem neuen Verbandshaus der deutschen Solgarbeiterzentrale. Die Hauptkosten einschließlich des Grundstückspreises (357 000 Mark) betragen rund 900 000 Mk. Das Erdgeschoß enthält die Geschäftsräume der Berliner Verbandszentrale, alle übrigen Räume sollen zunächst als Wohnungen vermietet und erst nach Bedarf mit hinzugezogen werden. Die Entwicklung des sozialdemokratischen Solgarbeiterverbandes und der Umfang seiner Geschäftstätigkeit ist bemerkenswert: 1898 gehörten ihm 23 774 Mitglieder an; Ende 1911 schon 182 750. Die Tätigkeit der Verbandszentrale ist sehr umfangreich; die gewaltigen Summen, die die Gewerkschaften ihren Mitgliedern abzugeben müssen, werden verwaltet. 1911 arbeitete der Verband mit 5 Millionen Reineinnahme, die von rund 900 Zahlstellen zusammenkamen. Die Geldsendungen selbst gehen an die Bank; aber die Prüfung der Abrechnungen und der Unterstützungsgelder nehmen allein schon viele Beamte in Anspruch. Die wichtigste Aufgabe der Verbandszentrale ist die Beobachtung des Arbeitsmarktes zur Anzeckelung der Lohnkampfe. Ferner prüft die Verbandszentrale die Streitausgaben, stellt Lohnberechnungen auf und sammelt alle geltenden Tarifverträge (rund 950) und arbeitet Heftblätter aus. Auch die Bücher der Mitglieder, deren jährlich gegen 10 000 neu ausgestellt werden, nehmen viele Arbeitskräfte in Anspruch. Zum Betriebe des Solgarbeiterverbandes gehört eine eigene Verbandsbuchhandlung; und die Redaktionen und Expeditionen der beiden Verbandszeitschriften sind ihr angegliedert.

Aus der Notiz spricht deutlich der Verrag über das Wachstum und die Leistungsfähigkeit des Deutschen Solgarbeiterverbandes. Ueber die noble Ausdrucksweise des Blattes wollen wir uns nicht aufregen, das ist der Ton, der in den feudalen Kreisen üblich ist. Wir wollen uns aber bemühen, unseren Verband noch weiter auszubauen und zu kräftigen, und wenn wir damit den Herrn Jungergelichters, dessen Sprachrohr die „Kreuz-Zeitung“ ist, in noch höherem Maße erzogen, so soll uns das zur ganz besonderen Freude gereichen.

Aus der Zelluloidindustrie wird uns geschrieben: Die Brandgefahr in der Zelluloidheranstellung läßt auch die „Eiche“ in arbeiterfreundliches Herz erweichen. Ihr Mitarbeiter Götter gibt sogar zu, daß das Zelluloid bei der Bearbeitung sehr gefährlich werden kann. Aber wenn die Bearbeitung mit der nötigen, leicht innewohaltenen Vorsicht ausgeführt wird, dann ist überhaupt keine Gefahr vorhanden.

Die Vorschriften sollten vorhanden sein. Solche zu erlassen, hat der Bundestat aber eben abgelehnt. Was nicht das die „Eiche“ an. Davon erwähnt sie kein Wort. Und diese Vorschriften, die gar nicht bestehen, die sollen nur streng innegehalten werden, dann kann überhaupt nichts passieren. Ja, das glauben wir. In den letzten Jahren 20 Opfer! Aber wären nur die nicht bestehenden Vorschriften innegehalten worden, dann hätte nach der „Eiche“ ja gar nichts passieren können. Wenn dem Herrn Götter in den 25 Jahren seiner Tätigkeit Zelluloid anfang zu fengen oder zu rauchen, dann hat er eben die Gefahr beseitigt. Das Wie aber, das verrät Herr Götter nicht. Ihr hümmen 20 Taten, euch fehle ja bloß die Schlausheit des Götter von der „Eiche“, dann leidet ihr alle heut noch. Warum mußte G. auch jetzt erst mit seiner Weisheit kommen, wo die Gefahr die Opfer gefordert! Er gibt schließlich zu, daß alles, was die Verbände in ihrer Betätigung, in Resolutionen und Artikeln gefordert haben, berechtigt sei, um dann am Schluß vor Freude einen Purzelbaum zu schlagen. Ihr Arbeiter, sagt nicht, daß eure Arbeit gefährlich ist, denn sonst wird die Industrie gefährdet, dann habt ihr keine Arbeit und ihr seid die Geschädigten. O, ihr Eische! Immer den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Für diese Taktik danken wir. Ihr Zelluloidarbeiter, hütet euch vor den falschen Freunden, den Piraten!

Die Bürstenfabrik A. G. Schönau in Wiesenthal legt Wert auf eine Verächtigung. In der „Wirtschaftlichen Rundschau“ für den Monat Januar, die in Nr. 11 der „Solgarbeiter-Zeitung“ abgedruckt ist, hatten wir mitgeteilt, daß die Fabrik im letzten Jahre mit einem Verlust von 36 315 Mk. gearbeitet habe, und daß der Verlust im Vorjahr 30 859 Mk. betragen hätte. — Hierzu schreibt uns die Fabrik: „Tatsächlich haben wir im letzten Geschäftsjahre infolge eines Brandunglücks und damit verbundener fast dreimonatlicher Arbeitsunterbrechung nicht günstig gearbeitet, immerhin belief sich aber der Verlust nur auf circa 15 Proz. der in Ihrem Blatte genannten Verlustsumme. Im vorhergehenden Jahre, also 1910, haben wir nicht mit Verlust gearbeitet.“

Diese Mitteilung begleitet die Firma mit einigen arroganten Bemerkungen, die aber keineswegs begründet sind. Tatsächlich weist die im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Bilanz vom 30. Juni 1911 im Verlustkonto einen Saldo von 88 814,04 Mk. auf. Das ist allerdings nicht allein der Verlust des letzten Jahres. Die Gesellschaft arbeitet schon seit längerer Zeit mit Unterbilanz und in den Bilanzen werden die früheren Verluste als Rückvortrag weitergeschleppt. Am Schluß der letzten vier Geschäftsjahre betrug der Verlustsaldo: 1908 = 26 491 Mk., 1909 = 80 048 Mk., 1910 = 30 859 Mk., 1911 = 88 315 Mk. Die Fabrikleitung hat also recht, wenn sie behauptet, daß sie im Jahre 1910 nicht mit Verlust gearbeitet habe. Sie hat einen Gewinn von ganzen 80 Mk. erzielt, aber nichtsdestoweniger weist die Bilanz dieses Jahres einen Verlustsaldo von 80 859,03 Mk. auf. Mit dieser Erklärung des Sachverhalts hoffen wir, die Gesellschaft zufriedengestellt zu haben. Wir möchten aber nicht unterlassen, sie darauf hinzuweisen, daß sie zur Verbesserung der Verrichterstattung beitragen kann, wenn sie sich entschließen könnte, ihre Bilanz mehr zu detaillieren.

Fürsorgeerziehung. In dem Artikel mit dieser Ueberschrift, den wir in Nr. 26 der „Solgarbeiter-Zeitung“ abgedruckt haben, ist die Lage eines jungen Kollegen geschildert, der sich in der Gewalt der Organe der Fürsorgeerziehung befindet. Hierzu schreibt uns Herr J. Schmale in Weidenau, bei welchem der junge Mann gelernt hat und noch arbeitet, daß die 2,50 Mk., die dieser monatlich erhält, nur ein Taschengeld sind. Der Betreffende erhält im Hause des Meisters Kost und Logis, auch wird dort seine Wäsche besorgt und ausgebessert. Der Meister zahlt dazu außer den Beiträgen zur Arbeiterversicherung insgesamt 7 Mk. pro Woche, wovon allerdings 4,50 Mk. an das Waisenhaus gesandt und dort zinsbar angelegt werden. Was in dem Artikel über das Verhältnis der Organe der Fürsorgeerziehung zu dem Jüngling gesagt ist, wird natürlich durch diese Verächtigung nicht berührt.

### Gewerkschaftliches.

#### Der Streit im christlichen Lager.

Der christliche Gewerkschaftsstreit, der in den letzten Wochen so hohe Wogen geschlagen, ist zwar nicht beigelegt, aber der Befehl des Papstes hat doch die Wirkung gehabt, daß sich die liebenden Brüder in Christo nicht mehr mit der Behemung wie in den letzten Wochen in aller Öffentlichkeit in Unratübel gegenseitig an den Kopf werfen. Die M.-Glabbacher sind nicht sofort unter dem Bannspruch des Papstes zusammengeknickt. Sie haben die Tatsache, daß die päpstliche Kundgebung nicht direkt an ihre Adresse gerichtet war, schlan ausgenutzt und dann kräftig um sich gehalten. Aber beliebt nicht gegen den Papst; das wäre zu gefährlich gewesen. Die Chästen haben noch immer die Vorsicht als den besseren Teil der Tapferkeit für sich in Anspruch genommen, sie ließen deshalb den „unfehlbaren“ Papst aus dem Spiel und beschränkten sich darauf, ihn als einen schlecht unterrichteten Mann hinzustellen, der von den „Berlinern“ hintergangen wurde. Damit hatten sie freie Hand gewonnen, um so kräftiger auf die Berliner loszuhaben.

Uns will es freilich bedünken, als ob es nicht gerade ein Beweis besonderer Ehrerbietung ist, wenn man das Oberhaupt der katholischen Kirche als einen Spielball in der Hand hinterlistiger Intriganten hinstellt, aber das ist schließlich eine Angelegenheit der katholischen Kirche, über die wir uns kein Urteil gestalten wollen. Uebrigens hält der Papst an den Ansichten, die er in der Ansprache an die „Berliner“ zum Ausdruck gebracht hat, fest. Das kommt in einer authentischen Erklärung zum Ausdruck, die der Abtlore Heiner, ein hoher päpstlicher Würdenträger, veröffentlicht hat. Darin wird ausgesprochen, daß der Papst den Unterschied zwischen den M.-Glabbachern und den Berlinern vollkommen kenne. Dann heißt es weiter:

„Da nun die interkonfessionellen Gewerkschaften, wenn sie auch praktisch zugelassen und deshalb bis jetzt vom Heiligen Stuhle nicht verurteilt sind, als solche von den katholischen Grundfäden und der kirchlichen Autorität absehen, so können sie doch eine Gefahr für ihre katholischen Mitglieder bilden.“

Als einen Rückzug des Papstes vor dem Zorn der M.-Glabbacher kann man das nicht gerade ansprechen. Die christlichen Gewerkschaften legten denn auch kräftig los, aber wohl gemerkt, immer nur an die Adresse der Berliner. Der Erklärung des Gesamtverbandes folgten Erklärungen einzelner Gewerkschaften. Der Vorstand des Zentralverbandes christlicher Solgarbeiter sagt z. B.:

„Das System von „Eich Berlin“ lehnen wir ein für allemal ab.“

Solange wie man den Beamten, Handwerkern, Landwirten, Industriellen usw. nicht vorschreibt, ihre Organisationen nach dem System von „Eich Berlin“ einzurichten und solange man diese Vorschritt nicht auf die Arbeiter aller anderen Länder ausdehnt, können wir dieser Frage nicht ernstlich nahetreten.“

Das sind recht kräftige Worte, welche an die Töne erinnern, die die Christenführer im August 1908 in Zürich angeschlagen haben. Das schmähliche Umklappen jener Züricher Worthelben, ihre Beteuerung, daß trotzdem der Papst nur zu befehlen brauche, er werde in den christlichen Führern gehorsame Katholiken finden, haben aber den Kredit christlicher Kraftphrasen, zumal wenn sie sich gegen kirchliche Obere richten, stark herabgemindert. Auch diesmal wieder pfeifen die Christen den Geyrosam als die höchste Tugend. Als der christliche Bruderkampf höhere Wogen schlug, veröffentlichte der päpstliche Nuntius in München eine Erklärung, in welcher dem Wunsche des Papstes Ausdruck gegeben wird, daß der Streit ein Ende nehme.

Seine Heiligkeit, die treue Liebe der deutschen Katholiken kennend, segnet sie von Herzen und ermuntert alle, insbesondere die Arbeiter, daß sie fortfahren wollen in Eintracht zu arbeiten für das Wohl der Kirche und des Vaterlandes, treu sich haltend an die päpstlichen Weisungen unter Führung und Leitung der zuständigen Bischöfe.“

So hieß es zum Schluß der Erklärung, die aber so wenig Wirkung hatte, daß der Papst noch einmal energischer rufen mußte, er wolle seine Ruh haben. Dem Nuntius Frühwirth in München fiel die Aufgabe zu, das päpstliche Bohnwort ins Diplomatische zu überetzen. Diese Uebersetzung, die am 19. Juni in der Zentrums Presse veröffentlicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Da die verdrüßliche und schädliche Polemik bezüglich der Arbeiterorganisation in Deutschland fort-dauert, ist es der lebhafteste Wunsch des Heiligen Vaters, daß beide Teile jede Erörterung, insbesondere in der Presse, einstellen und es dem Heiligen Stuhle überlassen, diese wichtige Frage im Einverständnis mit den Bischöfen zu prüfen und dann angemessene Verhaltensmaßregeln zu geben. Der Heilige Vater begt das volle Vertrauen in die Ergebenheit der Söhne der Kirche in Deutschland, daß sie diesem seinem Wunsche nachkommen.“

Man begriff auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, was die Glocke geschlagen. Sein Vorstand beschloß, von der geplanten Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses Abstand zu nehmen. Das ist auch ganz in der Ordnung. Was wissen die Führer der christlichen Gewerkschaften von den Bedürfnissen der Arbeiter in Deutschland? Der Papst in Rom weiß das alles viel besser. Im Einverständnis mit den Bischöfen wird er alles prüfen und den christlichen Gewerkschaften dann sagen, was sie zu tun haben. Zweckmäßig wäre es, wenn die angekündigte Prüfung ein wenig beeilt würde. Auf den 6. Oktober ist der ordentliche Kongreß der christlichen Gewerkschaften nach Dresden einberufen, und wenn die Leiter der Bewegung von den kirchlichen Organen nicht rechtzeitig über die Stellung instruiert werden, die sie dort einzunehmen haben, wären sie inunstande, wieder die schönste Konfusion anzurichten.

Augenblicklich ist Waffenstillstand eingetreten, sagt das christliche Zentralblatt in einer Fußnote zu einem Artikel, der einen Einblick über die Kampagne gibt. Das trifft für den eigentlichen Gewerkschaftsstreit zum Teil, wenn auch nicht völlig zu. Über parallel zu ihm gibt es noch einen Streit im Zentrum, der in gewisser Beziehung mit dem christlichen Gewerkschaftsstreit eng zusammenhängt. Auf diesem Kampfsplatze weilt es noch recht lebhaft. Ueber den schließlichen Ausgang des Krieges zwischen Berlin und M.-Glabbacher kann aber ein Zweifel kaum bestehen, trotz der Heldepose, welche die M.-Glabbacher markieren. Der Papst steht hinter den Berlinern, das ist offenbar, und damit ist der Kampf zu deren Gunsten entschieden. Aus Opportunitätschristlichen mögen schließlich die römischen Dirigenten der christlichen Arbeiterbewegung in Deutschland den christlichen Gewerkschaften ihre Fortexistenz und ihre scheinbare Selbständigkeit gestatten. Aber doch nur unter der Bedingung, daß sie sich in Theorie und Praxis den „Berlinern“ Grundfäden in weitgehendem Maße anpassen. Das wird natürlich nicht offen ausgesprochen werden; man wird im Gegenteil jede solche Zustimmung mit Entrüstung zurückweisen. Soviel Schönheit darf man den römisch dressierten Riesen wohl vertrauen. Es kommt in diesen Dingen aber weniger auf Worte und Erklärungen an, als auf die Taten. Und wir werden auf tun, künftighin die gewerkschaftliche Tätigkeit der Christen noch aufmerksamer zu verfolgen, als feither schon.

Die Generalversammlung des Bildhauerverbandes, die vom 23. bis 28. Juni in München stattfand, zählte zu ihren wichtigsten Aufgaben die Entscheidung über die Vereinfachungsfrage, doch kam es diesmal noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung, trotzdem sich der Vorstand für den Anschluß an unseren Verband warm ins Zeug legte. Beschlüsse wurde der Einwand hervorgehoben, daß die Steinbildhauer und Modelleure keine Beziehungen zu eigentlichen Holzindustrie hätten. Die Mehrzahl der Redner auf dem Verbandstage war sich jedoch darüber einig, daß im Falle eines Anschlusses nur ein geschlossener Nebetriff zu unserem Verbande in Frage kommen könne. Man einigte sich schließlich auf folgende Resolution:

„Nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse erscheint ein sofortiger Anschluß des Zentralverbandes der Bildhauer Deutschlands an eine größere Organisation noch nicht geboten. Jedoch erkennt die Generalversammlung an, daß eine Abänderung der Form unserer Organisation eine unausbleibliche Folge der Entwicklung ist und daß eine solche Abänderung nur eine Frage der Zeit sein kann. Wenn auch darüber, wann der geeignete Zeitpunkt für eine solche Abänderung gekommen sein wird, die Meinungen erheblich auseinandergehen, so dürfen doch die aus Mitgliederkreisen immer zahlreicher auftretenden Wünsche nach Anschluß an eine größere Organisation schon jetzt nicht unbeachtet bleiben.“

Die Generalversammlung beauftragt den Zentralvorstand, den geschlossenen Nebetriff in den Deutschen Solgarbeiter-Verband zur Diskussion zu stellen und innerhalb acht Wochen nach Erscheinen des Protokolls der Generalversammlung eine Urabstimmung darüber herbeizuführen. Ergibt sich hierfür eine Zweidrittelmajorität der Abstimmen, so sind die Verhandlungen über die näheren Bedingungen des Uebertritts mit dem Vorstand des Deutschen Solgarbeiter-Verbandes sobald wie möglich einzuleiten. Diese vereinbarten Bedingungen sind einer außerordentlichen Generalversammlung zur Sanftionierung zu unterbreiten.“

Eine ausgiebige Aussprache rief die Arbeitsnachweissfrage hervor, da der eigene zentrale Nachweis nicht immer in genügend der Weise unterstützt worden war. Bezüglich der kommunalen Arbeitslosenfürsorge war man sich darüber einig, daß die dadurch etwa erforderliche Aufhebung des eigenen Nachweises zugunsten eines paritätisch-kommunalen nicht prinzipiell abzulehnen sei. Im Einzelfalle soll vielmehr in Einverständnis mit dem Verbandsvorstande entschieden werden. Ueber die Taktik bei Lohnbewegungen wurde in nichtöffentlicher Sitzung beraten. Das Ergebnis der Verhandlung ist in einem Beschluß niedergelegt, der sich

gegen die immer wiederkehrenden Fälle von wilden Streiks...

Der Zimmererverband rüft bereits zu dem beim nächsten...

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. G. 2 in Hamburg)

Einnahmen im Juni.

Table with columns for location, amount, and total. Includes entries for Nürnberg, Freiburg, etc.

Ausgabe im Juni.

Table with columns for location, amount, and total. Includes entries for München, Berlin, etc.

Die Berechnung für das 1. Quartal... Die Berechnung für das 1. Quartal...

Im nachstehenden veröffentlichten sind die Namen derjenigen Mitglieder...

Table with columns for month and number of members. Shows data for January through December.

Wittorf. 21. Abt. Schaaf-Lindenau (über das 2. Mandat...)

Den gewählten Delegierten diene folgendes zur Beachtung... Der Vorstand. J. A.: G. Blume.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

Table with columns for location, amount, and total. Includes entries for Berlin, Hamburg, etc.

Arbeitslosigkeit im Monat Juni 1912.

Large table showing unemployment statistics by region (Gau) and month. Columns include 'Arbeitslose Mitglieder am Orte' and 'Unterstützung haben erhalten'.

Im nachstehenden angeführten Verzeichnis wurde ein Verzeichnis nicht eingeleistet...

Table with columns for month and number of unemployed members. Shows data for January through December.

Literarisches.

Die nachstehenden Werke können aus dem Verlag... Der neue Halbjahresband der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden...

Der neue Halbjahresband der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden...

Verband der Buch- und Steinbrucker-Glaserarbeiter und Arbeiterinnen...

Die sozialdemokratische Gefahr in Baden. Betrachtungen zur politischen Scharmacherei...

